

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

dieser Haushalt ist weit mehr als ein Zahlenwerk.
Er ist der politische Offenbarungseid der neuen Kooperation aus SPD und CDU.

Vor wenigen Wochen haben sich beide Parteien im P&C-Gebäude präsentiert, vom „Geist des Aufbruchs“ gesprochen und angekündigt, Lüdenscheid mutig in die Zukunft führen zu wollen.

Doch was liegt heute tatsächlich vor?

Kein Aufbruch.
Keine wirtschaftliche Strategie.
Keine Prioritäten.
Keine echte Konsolidierung.
Ideen- und Visionslosigkeit.

Stattdessen: ein teurer Wunschkatalog auf Pump ohne tragfähiges finanzielles Fundament.

Während Bürger, Familien und Unternehmen unter immer höheren Belastungen leiden, verteilt diese Kooperation neue Projekte, neue Strukturen und neue Ausgabenversprechen – als gäbe es keine finanziellen Grenzen.

Dabei ist die Realität längst dramatisch genug:

Die Sozialausgaben explodieren.
Die Personalkosten steigen weiter.
Die Kreisumlage wächst.
Die Zinslast nimmt zu.

Und gleichzeitig schwinden die wirtschaftlichen Perspektiven dieser Stadt.

Doch das eigentliche Problem dieses Haushalts ist nicht allein das Geld.

Das eigentliche Problem ist die völlige Ideenlosigkeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung Lüdenscheids.

Wo sind die echten Impulse für den Standort?
Wo ist die Strategie für neue Unternehmen?
Wo ist die Entlastung für den Mittelstand?
Wo ist die Offensive für Gewerbe, Innovation und Arbeitsplätze?
Wo ist überhaupt der erkennbare Wille, wirtschaftliche Stärke wieder zur Grundlage kommunaler Politik zu machen?

Nichts davon findet sich in diesem Haushalt.

Stattdessen erleben wir eine Politik der Verwaltung des Mangels.

Unternehmen warten monatelang auf Entscheidungen.
Investoren verlieren Vertrauen.
Die Innenstadt kämpft ums Überleben.

Und viele Betriebe fragen sich längst, ob diese Stadt wirtschaftliche Entwicklung überhaupt noch aktiv gestalten will.

Denn wer heute in Lüdenscheid investieren möchte, erlebt vor allem eines: langsame Verfahren, fehlende Prioritäten und politische Selbstbeschäftigung.

Und genau deshalb wirkt es absurd, wenn SPD und CDU gleichzeitig von „Zukunft“ sprechen und immer neue finanzielle Verpflichtungen eingehen, ohne zuvor die wirtschaftliche Grundlage dafür zu schaffen.

Besonders deutlich wird das beim Thema Innenstadt.

Der Ankauf des P&C-Gebäudes wird als historischer Meilenstein inszeniert – als Symbol des Aufbruchs.

Doch die Bürger stellen völlig zurecht einfache Fragen:

Wie teuer wird dieses Projekt am Ende wirklich?

Welche dauerhaften Folgekosten entstehen?

Welche Risiken trägt die Stadt?

Und warum wird so getan, als könne man sich all das problemlos leisten?

Denn eines ist offensichtlich:

Eine Stadt rettet ihre Innenstadt nicht mit Symbolpolitik und Pressefotos.

Eine Innenstadt lebt von wirtschaftlicher Aktivität, Investitionen, Kaufkraft und funktionierenden Rahmenbedingungen.

Doch stattdessen verlieren sich SPD und CDU immer häufiger in ideologischen Prestigeprojekten, die an den tatsächlichen Problemen vorbeigehen.

Da werden Fahrradwege durch eine ohnehin angeschlagene Innenstadt geplant, obwohl Handel, Gastronomie und viele Betriebe seit Jahren um Kunden, Erreichbarkeit und Überleben kämpfen.

Es wird ein Lichtkonzept für 2 Mio. €, aus ideologischer und reiner repräsentativer Symbolpolitik zulasten der wirtschaftlichen Vernunft geplant.

Die tatsächlichen Kosten werden nach neusten Erkenntnissen deutlich höher ausfallen !

Historisch gewachsene Straßen werden auf dem Rücken der Anlieger prestigeträchtig saniert.

Da wird über großflächige Wärmepumpenlösungen diskutiert, obwohl viele Eigentümer und Unternehmer längst nicht wissen, wie sie die enormen Kosten solcher Umstellungen überhaupt stemmen sollen und das beauftragte Ingenieurbüro nicht einmal eine Machbarkeitsstudie angefertigt hat.

Fundierte Vorschläge für Wärme und Stromerzeugung durch Holzgasanlagen, die dem Bürger echte finanzielle Entlastung geboten hätten wurden mit fadenscheinigen Ausreden von der Einheitsfront der Windkraftbefürworter abgelehnt.

Und genau das zeigt das Grundproblem dieser Politik:

Für wen wird diese Politik gemacht? Anscheinend ja nicht für die Bürger!!!

Es fehlt jedes Gespür für die wirtschaftliche Realität.

Die Menschen in Lüdenscheid brauchen keine Politik, die ständig neue Belastungen organisiert.

Sie brauchen eine Politik, die Erreichbarkeit sichert, Investitionen erleichtert und wirtschaftliche Entwicklung wieder ermöglicht.

Denn wer Innenstädte stärken will, darf sie nicht zusätzlich unattraktiver, teurer und komplizierter machen.

Die Menschen in Lüdenscheid brauchen keine politischen Inszenierungen.

Sie brauchen funktionierende Straßen.

Verlässliche Kitas.

Sichere Schulen.

Eine handlungsfähige Verwaltung.

Und vor allem eine Stadtpolitik, die wirtschaftliche Entwicklung endlich wieder ernst nimmt.

Doch stattdessen haben sich SPD und CDU auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigt:

mehr ausgeben,
mehr verwalten,
mehr ankündigen.

Aber wo bleibt

die echte Aufgabenkritik?

die Strukturreform?

der Mut zum Sparen?

die Konzentration auf wirtschaftliches Wachstum?

die Entlastung der Leistungsträger dieser Stadt?

Darauf bleibt diese Kooperation jede Antwort schuldig.

Meine Damen und Herren,

man kann nicht dauerhaft von Haushaltskrise sprechen und gleichzeitig immer neue Ausgaben beschließen.

Man kann nicht ständig Bund und Land verantwortlich machen und zugleich vor Ort jede Priorität verweigern.

Und man kann keine Zukunft gestalten, wenn wirtschaftliche Stärke nur noch als Nebensache behandelt wird.

Denn ohne starke Unternehmen, ohne Investitionen und ohne Wachstum wird diese Stadt ihre Probleme nicht lösen.

Die Wahrheit ist:

Dieser Haushalt verschiebt die Krise lediglich in die Zukunft.

Er lebt von Krediten, Hoffnungen und politischen Ankündigungen.

Doch Hoffnung ersetzt keine solide Finanzpolitik.
Und Ankündigungen ersetzen keine Wirtschaftspolitik.

Deshalb ist das Kooperationspapier von SPD und CDU kein Zukunftsvertrag für Lüdenscheid.

Es ist ein politischer Wohlfühltext ohne wirtschaftliches Fundament.

Die Menschen in dieser Stadt merken längst, dass Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen.

Die Innenstadt sowie alle Stadtteile kämpfen weiter.
Unternehmen warten auf Entscheidungen.
Vereine kämpfen ums Überleben.
Die Infrastruktur verfällt.
Und die Verwaltung ist vielerorts überfordert.

Doch im Rathaus feiert sich die neue Kooperation bereits für ihre eigenen Überschriften.

Meine Damen und Herren,

Verantwortung bedeutet nicht, immer neue Projekte anzukündigen.

Verantwortung bedeutet, Prioritäten zu setzen.
Verantwortung bedeutet, wirtschaftliche Stärke zu fördern und keinen Vorschlag zur wirtschaftlichen Entwicklung ungeprüft zu lassen.
Und Verantwortung bedeutet vor allem, ehrlich zu sagen, was finanzierbar ist – und was nicht.

Genau diese Ehrlichkeit fehlt diesem Haushalt.

Deshalb lehnen wir ihn ab.

Nicht aus Prinzip, sondern weil Lüdenscheid mehr verdient als teure Symbolpolitik ohne wirtschaftliche Perspektive.

Vielen Dank.